



• Initiative gegen einen neuen Reichsarbeitsdienst •

Telefon: 0341-463 99 79; Fax: 0341-463 99 78; e-Mail: [info@aktionsbuendnis-leipzig.de](mailto:info@aktionsbuendnis-leipzig.de)

## Presseinformation

# Leipziger Erwerbslose übergeben der SPD eigene Hartz-IV-Bilanz

## Sofortige Erhöhung des Regelsatzes ist notwendig

Leipzig, den 14. Februar 2005

Unter dem Titel „Zum Leben zu wenig“ haben Erwerbslose der Organisationen des Aktionsbündnisses Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau eine eigene Bilanz der Hartz-IV-Gesetzgebung vorgelegt. Sie wird heute gegen 18:30 Uhr auf der Kundgebung vor dem SPD-Unterbezirk erstmals vorgestellt.

Das Aktionsbündnis fordert in diesem Zusammenhang die SPD auf, das vorgebrachte Schreiben in ernsthafter Weise in die Beratungen im Zusammenhang der geplanten Monitoring-Runde einzubeziehen und die finanziell existenzbedrohende Lage der ALG-II-Antragsberechtigten umgehend entsprechend der vorgebrachten Forderungen zu verbessern.

„Mit der im Rahmen der Agenda 2010 ... beschlossenen sogenannten Arbeitsmarktreform Hartz I bis IV, ... versprach die SPD-geführte Bundesregierung, würden Arbeitsplätze geschaffen und Sozialhilfeempfänger auch finanziell besser gestellt. Nichts von alledem ist eingetreten. ... Mittlerweile ist die Zahl von fünf Millionen Erwerbslosen auch offiziell erreicht. Millionen Erwerbslose werden in der Statistik gar nicht erst erfasst. Statt eine Neuverteilung der Arbeit mit zu organisieren, wird ständig eine Arbeitszeit- und Lebensarbeitszeitverlängerung gefordert. Wie bei weiter sinkendem realem Arbeitsvolumen dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, erschließt sich uns nicht. Die finanzielle Lage der Erwerbslosen hat sich zudem durch die Einführung des Gesetzespaketes Hartz IV in den ersten Wochen des Jahres 2005 dramatisch verschlechtert, die der meisten bisherigen Sozialhilfeempfänger ebenfalls“, heißt es in dem Schreiben.

Zudem sei bei der Berechnungsgrundlage des Regelsatzes bewusst gemogelt worden. So seien zum Leben unabdingbar notwendige Ausgaben bei der Berechnung des Regelsatzes gar nicht berücksichtigt worden. Nach den Überprüfungen der Sozial- und Lebenshaltungskosten-Experten des Aktionsbündnisses hätten die Erwerbslosen über 200 Euro mehr Ausgaben, die unabdingbar notwendig seien als ihnen mit dem Regelsatz zugebilligt würden. Mehrere Dutzend Einzelpositionen seien im Regelsatz überhaupt nicht enthalten.

Das Aktionsbündnis fordert deshalb eine sofortige deutliche Erhöhung des Regelsatzes. Insgesamt fordert das Aktionsbündnis acht konkrete Veränderungen im Zusammenhang der Hartz-IV-Gesetzgebung sowie acht von den Kommunalpolitikern sofort einzuleitende Maßnahmen um die schlimmste Not zu lindern. Die Bilanz kann ab sofort im Internet nachgelesen werden.